



6. November 2013

Dringliche Schriftliche Anfrage

von Min Li Marti (SP)
und 50 Mitunterzeichnenden

Am 24. November 2013 kommt die sogenannte „Familieninitiative“ zur Abstimmung. Diese will Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, die gleichen Steuerabzüge gewähren wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Diese neuen Abzugsmöglichkeiten würden nach Aussagen der Eidgenössischen Steuerverwaltung beim Bund zu Steuerausfällen von 390 Millionen Franken führen. Für die Kantone wird gemäss Auskunft der Finanzdirektorenkonferenz mit Ausfällen von 1,4 Milliarden Franken gerechnet. Für den Kanton Zürich würde eine Annahme der Initiative gemäss den Schätzungen der Finanzdirektorenkonferenz Steuerausfälle von 250 Millionen Franken nach sich ziehen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch wären die Steuerausfälle für die Stadt Zürich, wenn die Initiative angenommen würde?
2. Wie gedenkt der Stadtrat, allfällige Ausfälle zu kompensieren?
3. Wie stellt sich der Stadtrat grundsätzlich zum Anliegen der Volksinitiative?
4. Teilt der Stadtrat die Haltung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, des Bundesrats und der Mehrheit des Parlaments, dass die Initiative zu neuen Ungerechtigkeiten führt und daher abzulehnen sei?

Min Li Marti
 R. Wyle A. Kintler M. Gotsch
 J. Kamin M. Frey
 V. Roth H. Peggeler J. Müller S. D. ...
 H. G. ... M. ... P. ...
 A. U. ... R. ... S. ...
 M. ... A. ... J. ...
 J. B. ... K. ...
 7-0146 M. ... N. ...

F. O. Wey

~~Handwritten signature~~

S. Brandes

H. Wirsbacher

Alex. Baum

K. W. Weich

M. Kuntz

G. Rothemann

~~Handwritten signature~~

~~Handwritten signature~~

Karin Rykasz

~~Handwritten signature~~

C. Krosch

U. H. [unclear]

~~Handwritten signature~~

W. Kier

F. Thoss

H. J. [unclear]

[unclear]

[unclear]

H. W.

I. J. [unclear]

J. C. [unclear]

Christina [unclear]